

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

II/46

Hannover, 10. Juni 1947
Georgstr. 33 / Tel.: 20951

Internationale Sozialdemokratie

F.S. In Zürich ist beschlossen worden, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt noch nicht in die Sozialistische Internationale aufzunehmen, sondern eine Entscheidung hierüber bis zum nächsten Kongreß, der im Spätherbst dieses Jahres stattfinden wird, zu vertagen. Für die sofortige Aufnahme der Deutschen stimmten die Sozialisten der westeuropäischen Länder, und ein Franzose, Grumbach, war der hauptsächliche Wortführer einer ohne Verzug aufzunehmenden internationalen Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialisten. Die Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus den osteuropäischen Ländern ließen es nicht zu einer Zweidrittelmehrheit kommen. Jedoch wird eine Kontaktkommission eine ständige Verbindung mit der SPD schon jetzt herstellen.

Der Züricher Beschluß bedeutet für die deutschen Sozialdemokraten freilich eine Enttäuschung, da sie darauf vorbereitet sind, ihre internationale Gesinnung und eine echte brüderliche Solidarität zu beweisen, die ein unlöslicher Bestandteil des sozialistischen Ideengutes ist, das die SPD seit dem Beginn ihrer achtzigjährigen Geschichte geformt hat. Aber die Tatsache, daß sie einstweilen noch nicht wieder in den Kreis der gleichgesinnten Freunde eintreten können, ist für die deutschen Sozialdemokraten nicht im mindesten ein Anlaß zur Bitterkeit oder auch nur zur Verärgerung. Sie haben eine zu gründliche theoretische und praktische politische Schulung genossen, um nicht seit langen erkannt zu haben, welche Schwierigkeiten heute in der europäischen Politik überwunden werden müssen, um alle die, die gleichen sozialistischen und nicht minder demokratischen Sinnes sind, zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden, gleich wo sie wohnen und unter welchen besonderen Vorzeichen sie zu einem großen Teil die politische Organisation ihrer Länder wieder aufzubauen haben. So lebhaft der Wunsch der SPD war, sobald wie möglich wieder mit voller Verantwortung in der Internationale tätig sein zu können, so verantwortungsbewußt war zu jeder Stunde ihre Haltung gegenüber der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit, manchen Bruderparteien Ungelegenheiten bereiten zu können. Die Geschlossenheit der Internationale und die Siche- rheit der Funktion aller ihrer Glieder in allen Teilen Europas erscheint als die höhere Verpflichtung gegenüber der gemeinsamen Sache, der die Internationale zu dienen hat.

In dieser Sicht gibt der Züricher Beschluß Anlaß zu dem tiefen und ernstesten Bedauern, daß sich auch in der Sozialistischen Internationale die allgemeinen politischen Schwierigkeiten zeigen, die die europäische Gesamtlage kennzeichnen. Wir haben eine Scheu vor dem abgegriffenen und dazu unrichtigen Bild des "eisernen Vorhanges", der sich angeblich quer durch Europa zieht, denn wir vermögen ja zu sehen, was haben und was drüben geschieht und sind der Meinung, daß Sozialisten, die tief und unlöslich in dem geistigen Nährboden ihrer politischen Anschauung wurzeln, keine andere Lösung als die der internationalen Zusammenarbeit kennen, wenn es um die Frage geht, unter welchen Bedingungen die Völker Europas oder der gesamten Welt miteinander leben sollen oder können. Kein Sozialist, der sich zu den überlieferten Ideen der klassischen Vorkämpfer der neuen Weltordnung bekennt, kann Imperialist sein oder imperialistische Aspirationen oder Maßnahmen decken, mögen sie mit welchen modernen Ausdrücken auch immer bemäntelt werden. Gemeinsam war die Empörung gegen die Diktatur jeder Art und Farbe der Hemden oder Embleme, gemeinsam war auch der Kampf, der legal und illegal, im Lande und aus der Emigration gegen die Diktatoren geführt wurde, gemeinsam und unversöhnlich muß der Kampf gegen jede politische Macht sein, die unter Mißachtung des primitivsten Grundrechtes der Menschen, der persönlichen Freiheit, ihre Herrschaft aufzurichten, zu erhalten oder zu vermehren wünscht. Die Sozialisten kennen keinen Unterschied nach politischen Interessen von Ländern oder Ländergruppen, sie kennen nur das Gebot der Solidarität und des Friedens, der das Wohl der Menschen sichern soll und wird.

Die deutsche Sozialdemokratie ist immer bereit, in solchem Geiste an der internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen, an deren Verwirklichung und Ausbau noch mancher der zahlreichen grauhaarigen Anhänger, die heute in ihren Reihen stehen, unmittelbar und wirksam Anteil genommen hat und wieder Anteil nahm, als nach dem ersten Weltkrieg die Fäden zerrissen waren und mit Geduld und Klugheit neu geknüpft werden mußten. Es hätte keinen Sinn, wenn die neue Verbindung nicht stärkere Verflechtungen als die einstige haben würde, die sich gegenüber den deutschen Sozialisten, die in der Nazizeit ins Ausland fliehen mußten, so glänzend bewährt hat. Darum ist heute noch mehr denn je Geduld am Platze und ein fester Wille, der von allen Seiten gegenüber der sozialistischen Sache, der internationalen Solidarität, aufgebracht werden muß. Das weiß die deutsche Sozialdemokratie und ist darum bereit, ihren Anteil an dem Zustandekommen einer echten Gemeinschaft der Sozialisten aller Länder zu leisten, wie sie ihn von allen anderen Gesinnungsfreunden in allen anderen Ländern erwartet - um der Idee und ihrer Verwirklichung willen.

Beschränkung des Gewerkschaftsrechtes in USA

Von S. Aufhäuser, New-York

Die letzten Parlamentswahlen in USA im November 1946 hatten mit einer Niederlage der seit 14 Jahren regierenden Demokratischen Partei und dem Sieg der Republikanischen Partei geendet. Die Neuwahl des Präsidenten findet erst 1948 statt, so dass sich zur Zeit der demokratische Präsident Truman und die republikanische Mehrheit des Parlaments in die politische Staatsmacht teilen müssen. Der innerpolitische Kurswechsel sollte zuerst und am empfindlichsten die Arbeiter treffen. Die neue Mehrheitspartei hat das Wahlresultat als ein Mandat der Wählerschaft ausgelegt, die von Franklin D. Roosevelt geschaffene Sozialpolitik zu liquidieren und gegen die inzwischen zu mächtig gewordenen Gewerkschaften neue gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, durch welche die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit und das Streikrecht wesentlich eingeschränkt werden sollen. Unter Roosevelt war 1935 im sog. National Labor Relations Act ein starkes Fundament für das amerikanische Gewerkschaftsrecht geschaffen worden. Die Gewerkschaften wurden als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt, die gelben Werkvereine wurden eliminiert und der einzelne Arbeiter gegen Angriffe der Unternehmen auf das Organisationsrecht und gegen Diskriminierung geschützt. Der Kern des Gesetzes war der kollektive Arbeitsvertrag, mit dessen Entwicklung die Gewerkschaften in den 14 Jahren von vier auf fünfzehn Millionen Mitgliedschaften angewachsen waren. Die Aushöhlung dieser Arbeits-Charta war seit Januar 1947 das Ziel der neuen Kongressmehrheit. Als Ergebnis hat das Abgeordnetenhaus am 17. April ein äußerst drastisches Anti-Gewerkschaftsgesetz mit 308 gegen 107 Stimmen angenommen. Der Senat hat eine abgemilderte Vorlage am 13. Mai mit 68 gegen 24 Stimmen verabschiedet.

Der National Labor Relations Act, in dem den Arbeitnehmern als der wirtschaftlich schwächeren Schicht bewusst ein höherer Schutz verliehen worden war, ist prinzipiell dahin geändert worden, dass künftig die Unternehmer einen gesetzlichen Schutz gegen die wachsende Macht der Gewerkschaften erfahren sollen. Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses werden die Lohn-Tarifverträge nur noch auf lokale Gebiete beschränkt, während Vereinbarungen für das ganze Landesgebiet einer Industrie nicht mehr zulässig sein sollen.

Der sog. "Closed Shop" (der geschlossene Gewerkschaftsbetrieb) d. h. dass die Firma nur organisierte Arbeiter beschäftigen darf, wird jetzt als ungesetzlich erklärt. Der sog. "Union Shop" (Gewerkschaftsbetrieb), in dem die Firma bisher Unorganisierte unter der Bedingung einstellen durfte, dass sie nach gewisser Zeit der zuständigen Gewerkschaft beitreten, ist künftig ebenfalls ungesetzlich, wenn der Arbeitgeber Einspruch erhebt. Im Gegensatz zur bisherigen Arbeitsgesetzgebung wird die Regierung ermächtigt, bei Streiks, die eine Gefährdung der öffentlichen Wohlfahrt und Sicherheit befürchten lassen, gerichtliche Verfügungen zu veranlassen. Bisher waren die ordentlichen Gerichte für Arbeitsstreitigkeiten nicht zuständig. Gewerkschaften, die kommunistische Funktionäre als Unterhändler präsentieren, gehen ihrer Fähigkeit als Tarifvertragspartner verlustig. Ferner kann ein Unternehmer in bestimmten Streikfällen oder bei Boykotten, aber auch bei Massenparaden von Streikposten die Gewerkschaft für den entstandenen Schaden haftbar machen. Den Gewerkschaften der Verarbeiter und Werkmeister ist der Abschluss von Kollektivverträgen nicht mehr erlaubt. Andere Bestimmungen greifen in die statutorischen Regeln der Gewerkschaften ein, z. B. bezüglich der Höhe des Eintrittsgeldes, der Rechnungslegung usw.

Die Vorlage des Senats ist zwar wesentlich milder gehalten, doch hat auch dieses Arbeitsgesetz die Tendenz, das Streikrecht einzuzengen, den Staat und die Gerichte in die bisher freie Lohnverhandlung einzuschalten und das autonome Gewerkschaftsrecht aufzuheben. Die nächsten Wochen haben in jedem Fall für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung eine schicksalhafte Bedeutung. Falls das erwähnte Arbeitsgesetz mit oder ohne Einspruch des Präsidenten vom Parlament sanktioniert werden würde, so wäre nicht

10. Juni 1947

nur die Kräfte des Kollektivvertrages gebrochen, sondern darüber hinaus müsste die Senkung der Lohnskala, der Kaufkraft und der Lebenshaltung für alle Schichten bedenkliche wirtschaftliche Rückwirkungen haben. Sobald die organisierte Kräfteentfaltung der Arbeiter geschwächt wird, sind verstärkte soziale Kämpfe unsusbleiblich. (b/A6/26/-/he)

Um Grönlands Souveränität

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

Während des Krieges schlossen die amerikanische Regierung und der dänische Gesandte in Washington, Kauffman, ein Übereinkommen über die Errichtung amerikanischer Stützpunkte auf Grönland. Es basierte auf Dänemarks Souveränität über Grönland und bestimmte, dass die amerikanischen Stützpunkte nach Beendigung des Krieges geräumt werden sollen. Da eine Klausel jedoch den Amerikanern das Recht einräumte, auf Grönland zu bleiben, "bis jede Gefahr einer weiteren Aggression abgewehrt ist", wurde die Räumung der Stützpunkte bisher verweigert. Die Gefahr eines deutschen Angriffs auf Amerika, unter Benützung der arktischen Gebiete ist für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte wohl kaum zu befürchten. Aber die vor einiger Zeit durchgeführte Diskussion über das russische Begehren, auf der unter norwegischer Oberhoheit stehenden Spitzbergen-Inselgruppe Stützpunkte zu bekommen, hat das Kräftespiel in der arktischen Zone deutlich genug beleuchtet. In einem möglichen Kriege zwischen den USA und der Sowjetunion werden die arktischen Gefilde eine entscheidende Rolle spielen. General Spaatz, der Chef der amerikanischen Luftwaffe, hat dies jüngst selbst unterstrichen, als er erklärte: "Selbst wenn niemand von uns weiss, wann der Krieg kommen kann, können wir mit einiger Sicherheit sagen, woher er kommen wird. Ein Angriff könnte kommen sowohl von Westeuropa, Osteuropa oder von Zentralasien via die arktischen Gebiete, weshalb die Verteidigung der USA in erster Linie an der arktischen Grenze liegen muss." Das Interesse der USA an Grönland ist daher ebenso begründet wie das Interesse der Sowjetunion an Spitzbergen. Die Amerikaner treffen nicht nur keine Anstalten, Grönland zu verlassen, sondern haben, verlässlichen Nachrichten zufolge, ihre militärischen Einheiten auf den ausgezeichneten Flugplätzen bei Thule kräftig verstärkt.

In Dänemark ist man eifrig bemüht, die Souveränität Grönlands zu verteidigen. Aus diesem Grunde wurde die amerikanische Regierung in einer Note am 27. Mai aufgefordert, mit der dänischen Regierung in Verhandlungen über die Räumung Grönlands zu treten. Diese Note hat die Zustimmung aller dänischen Parteien gefunden. Darüber hinaus sind die Dänen nun dabei, ihre Souveränität über Grönland auch durch die Entsendung einer wissenschaftlichen Expedition nach Grönland zu betonen. Diese Expedition wird die grösste sein, die jemals nach Grönland entsandt wurde. Ihr Leiter ist der bekannte Journalist Ebbe Munck, der während des Krieges einer der führenden Männer der unterirdischen Bewegung war. Die dänische Expedition wird vermutlich die Entdeckungen nur kräftig zu unterstreichen haben, die von den amerikanischen Militärwissenschaftlern in jenen Gebieten schon gemacht worden sind.

Man ist in Dänemark davon überzeugt, dass die USA ihre Grönland-Stützpunkte nicht räumen werden. Mit umso grösserem Interesse sieht man der Stellungnahme der Vereinten Nationen entgegen, die in einem solchen Falle mit dem Problem Grönland befasst werden müssen. (b/A10/106/-/he)

Kommunistenniederlage in Finnland

Bei den Wahlen zum finnischen Gewerkschaftskongress erfochten die Sozialdemokraten einen klaren Sieg über die Kommunisten. Sie erhielten 170 Mandate, das heisst 30 mehr als bei der letzten Wahl; während die Kommunisten diesmal nur 130 Mandate, 20 weniger als bei der letzten Wahl, auf sich vereinigen konnten. Auch diese Wahl ist ein Zeichen für die fortschreitende Gesundung der finnischen Arbeiterschaft. (b/A10/106/-/he)

Was wird aus Berlin?

K.W. Berlin, 9. Juni

Der Alliierte Kontrollrat hat den Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Ostrowski nach vielen Wochen der Beratung genehmigt. Nun schien der Weg frei zu sein für den neuen Kandidaten, den die SPD als die weit führende Partei der Stadt zu stellen hat. Wiewohl sie aber ihren Kandidaten noch nicht benannt hat, hat die russisch-offiziöse Tageszeitung "Tägliche Rundschau" die mutmassliche Kandidatur Ernst Reuters in ungewöhnlich vorwegnehmender Weise als vermutlich untragbar für die russische Kommandantur erklärt.

Es ist offensichtlich, daß hier ein Druck auf die öffentliche Meinung ausgeübt werden soll, bevor es in der Stadtverordnetenversammlung überhaupt zur Wahl Reuters kommt. Daß die Wahl Reuters, wenn die SPD diesen Kandidaten nominiert, sicher ist, steht außer Frage, weil Reuter auf Grund seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister in Magdeburg und Verkehrsdezernent von Berlin, die vor 1933 lag, nicht nur in der Partei als bedeutender Kommunalpolitischer Fachmann, sondern infolge seiner jahrelangen Auslandsenerfahrungen in der Türkei auch als die für diesen staatspolitisch und diplomatisch wichtigsten Posten qualifizierte Persönlichkeit auch in den anderen Parteien gilt. Die CDU und die LDP haben von vornherein wissen lassen, daß sie dieser Kandidatur ihre Zustimmung geben würden, und die SED hat mit einem Brief von fünf Fragen an Reuter, die von den Befragten ausführlich beantwortet worden sind, sich ihre Stellungnahme formell offen gehalten.

Doch in der "Täglichen Rundschau" wird von vornherein festgestellt, daß Reuter niemals die Zustimmung des russischen Vertreters in der Alliierten Kommandantur erhalten würde. Durch diese halbamtlich getroffene Feststellung ist aufs neue das allmählich ermüdende Gespräch darüber in Gang gekommen, in welchem schmalen Räume überhaupt in dieser von den großen Gegensätzen der Weltpolitik zerrissenen Stadt die deutsche Selbstverwaltung noch existieren könne. Alle deutschen Experten sind eindeutig der Ansicht, daß ein von der Mehrheit des Stadtparlamentes gewählter Oberbürgermeister nicht mehr die Zustimmung der Alliierten Behörden brauche - es sei denn, es würden schwerwiegende Bedenken gegen ihn aus den bekannten politischen Gründen erhoben. Nun ist aber Reuter seit einem halben Jahre Stadtrat der Stadt Berlin, als welcher er das Verkehrsdezernat leitet: jenes Dezernat, an dessen Spitze er vor 1933 der weltbekannte Schöpfer der Berliner-Verkehrsbetriebe wurde. Die Öffentlichkeit fragt nun erstaunt, warum eine Persönlichkeit, die als Stadtrat keiner politischen Beanstandung unterworfen war, als Oberbürgermeister plötzlich untragbar sein sollte.

Die Vorwürfe des russisch geleiteten Blattes gehen dahin, daß Reuter mehrfach antisowjetische Reden gehalten und daß er während seiner Emigration in der Türkei ungeklärte Beziehungen zur offiziellen deutschen Kolonie gehabt habe. Sie betreffen aber nicht die Tatsache, daß Reuter nach 1918 einige Jahre lang ein führender Funktionär der KPD gewesen ist, um dann zur SPD überzutreten und in ihr einer der bedeutendsten Verwaltungspolitiker zu werden, als welchen die Türkei sich bald nach 1933 Reuter holte.

Über die Person Reuters hinaus stellt jedoch die Veröffentlichung der "Täglichen Rundschau", die danach von den SED-Blättern übernommen wurde, den Versuch dar, die Wahl Reuters durch die Stadtverordnetenversammlung Berlins als eine offene Demonstration gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu deklarieren. Wenn auch die Vorwürfe gegen Reuter von diesen best und von einer Anzahl Zeitungen aus den westlichen Sektoren der Stadt vollkommen gegenstandslos bewiesen worden sind, belastet diese Spannung die künftigen Wochen von Berlin erheblich. Sie fällt zu einem Zeitpunkt über die Stadt, in dem auf Befehl der sowjetischen Kommandantur, der Berliner Magistrat gezwungen worden ist, die Sektorengrenzen durch eine strenge Ernährungsautarkie grob zu versteifen. Man muß nach den vorangegangenen Erfahrungen erwarten, daß innerhalb der Alliierten Kommandantur

der russischen Vertreter gegen seine drei Kollegen ein hartnäckiges Veto setzen wird, wenn nach einer erfolgten Wahl die Bestätigung Reuters durch die Kommandantur nötig werden sollte. Zu den großen Schwierigkeiten, die die Angleichung des Sowjetsektors an die Länder der Ostzone und die wachsende Herausnahme des Sektors aus dem Gesamtgefüge der Stadt in den letzten Monaten wachsend mit sich gebracht hat, tritt jetzt die weitere Schwächung, Eindämmung und Behinderung des Gesamtmagistrats, die die Neubesetzung des Oberbürgermeisteramtes begleiten.

Die großen politischen Auseinandersetzungen der Alliierten sind jetzt auf dem Stadtraum von Berlin in ein krisenhaftes Stadium geraten. Die Selbstverwaltung, die seit der politischen Bekenntniswahl vom Oktober 1946 ununterbrochen durch die Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung der vier Mächte zur Debatte steht, scheint nunmehr vollends zur Illusion zu werden. Es gehört die ganze Verantwortungsfreude der Sozialdemokratie dazu, um gegen diese permanente Politik der Hinderung und des Widerstandes immer aufs neue einen Weg zu konstruktiver Arbeit zu suchen. Daß außerdem die namenlosen Schwierigkeiten, die unter solchen Umständen die Verwaltung Berlins macht, von den Kommunisten in ihren zahlreichen und mit üppigstem Papier bedachten offenen und getarnten Blättern der SPD in die Schuhe geschoben werden, versteht sich bei dem Auftrag und der Taktik der SED von selbst. Daß die SPD dennoch hartnäckig die ganze Kraft ihrer Verpflichtung gegen die unvorstellbare Fülle von obstruktiven Hemmungen setzt, muß ihr als gesamtdeutsches Verdienst angerechnet werden.

Berliner bewerten Politiker

Umfragen nach den Prinzipien des Gallup-Institutes sind dem Anknöpfen an ein Barometerglas vergleichbar; sie lassen den Zeigerstand der öffentlichen Meinung zu bestimmten Fragen erkennen und vielfach auch die Tendenz, nach welcher Richtung hin der Zeiger ausschlagen will. So zeigen die Ergebnisse einer Umfrage, die kürzlich im britischen Sektor von Berlin durch eine amtliche Stelle nach dem Prinzip des Gallup-Institutes bei annähernd 700 Personen gehalten wurde einen interessanten Standpunkt der öffentlichen Meinung zu zwei aktuellen politischen Fragen: erstens, welcher deutsche Politiker durch Wort und Tat für das deutsche Volk am meisten täte, zum anderen, welcher deutscher Politiker dem deutschen Volk am meisten Schwierigkeiten bereite.

Auf die erste Frage wurden sechs bekannte politische Persönlichkeiten genannt, von denen vier der Sozialdemokratischen Partei angehören. An erster Stelle wurde Dr. Schumacher mit der weitaus grössten Stimmenzahl (42,8%) angeführt, Jakob Kaiser (1,8%) folgt. Dann wird der Vorsitzende der LDP Berlin, Dr. Kütz (0,6%) genannt; dem sich Dr. Högnar (0,3%), ferner Dr. Ostrowski (0,1%) und der Oberbürgermeister von Hamburg, Brauer (0,1%) anschliessen.

Auf die zweite Frage, welcher deutsche Politiker von heute durch Wort und Tat dem deutschen Volke die meisten Schwierigkeiten bereite, nennen 29,1% der Befragten die Vorsitzenden der SED, Pieck und Grotewohl. Mit weitem Abstand werden mit 5,7% der stellvertretende Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britisch-amerikanischen Zone, Schlange-Schönungen, "und andere Separatisten" genannt. Dieser Kategorie folgen mit nur 0,6% Schumacher und Neumann und Dr. Niemöller mit 0,3%. Das Aufschlussreichste bei der Beantwortung dieser zweiten Frage ist, dass Pieck und Grotewohl mehr als 5 mal abfälliger beurteilt werden als der Reaktionsler Schlange-Schönungen und "andere Separatisten".

Dieser "Barometerstand", der den Tiefstand des Pieck-Grotewohl'schen Ansehens wieder einmal offenbart, und demgegenüber die Anerkennung der verantwortungsbewussten politischen Wirksamkeit Dr. Schumachers und der SPD aufzeigt, bedarf keines weiteren Kommentars. (m/B54/2/106/he)

Der Tagungsort des Parteitages der SPD

Vom bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist in Nürnberg, dem einstigen Schatzkästlein des deutschen Reiches, vorerst noch wenig zu sehen und zu spüren. Aber im Stillen wird unso eifriger gearbeitet. Die Stadt ist sich ihres alten Rufes als Hochburg der deutschen Sozialdemokratie bewusst, und wenn von den vielgerühmten Schönheiten der historischen Altstadt auch nur noch bescheidene Fragmente übriggeblieben sind, so will man den vielen Tausend Gästen aus den vier Besatzungszonen und dem Ausland den Aufenthalt doch so angenehm und erinnerungsreich wie möglich gestalten.

Das Problem, für den Parteitag einen würdigen Tagungsort zu finden, bereitete mit die grössten Schwierigkeiten, da sämtliche Nürnberger Säle dem Bombenkrieg zum Opfer fielen. Aber gerade dieses brennendste aller Probleme hat eine ausgezeichnete Lösung gefunden. An der gleichen Stelle, an der einst inmitten eines vielbesuchten Nürnberger Parks der Saalbau der Rosenau stand, einer der ältesten Nürnberger Konzert- und Theatersäle, ist in den letzten Monaten ein 16 m hoher und 41 m breiter Kuppelbau errichtet worden, der gut 3.500 Sitzplätze zu fassen vermag und dank seiner glänzenden Akustik ein geradezu ideales Versammlungslokal darstellt. Es handelt sich bei diesem Kuppelbau um eine moderne und kühne Holzkonstruktion, die fix und fertig in zwei Güterzügen nach Nürnberg transportiert wurde und innerhalb von sechs Wochen aufgestellt wurde. Der Bau, der von einem Zirkusbesitzer errichtet wurde, ruht auf 26 zweimeterstarken Betonklötzen und wird von 40 Zentner schweren Verstrebungen hochgeführt, die in einer achteckigen Lichtkuppel münden. In diesem Kuppelbau, der selbstverständlich festlich ausgeschmückt wird, findet der eigentliche Parteitag statt. Gegenwärtig wird die Eingangshalle mit Büros und Telefonkabinen ausgestattet, während drei grosse Hallen längs des Kuppelbaus als Speisesäle eingerichtet werden. Vor dem Eingang begrüsst der unbeschädigt gebliebene Minnesänger-Brunnen die Gäste und ein grosser Rosengarten erinnert an die ursprüngliche Zweckbestimmung der Rosenau. Neben den Speisehallen wird ein fliegendes Postamt aufgebaut und der von der Nürnberger Schuljugend einstens als Wintersportplatz geschätzte Rosenau-Weiher wird zur Zeit aufgefüllt und in einen Parkplatz umgewandelt. Alle Arbeiten sind schon soweit fortgeschritten, dass sie rechtzeitig fertiggestellt werden können und der Tagungsort des Parteitages sich den Gästen in vollem Glanze zeigen kann. Er ist denkbar günstig gelegen, mit der Strassenbahn in wenigen Minuten vom Hauptbahnhof aus zu erreichen und trotz seiner Nähe am Stadtzentrum so abgeschieden, dass die Verhandlungen durch den Lärm der Strasse nicht gestört werden können. (m/106/2/E10/10)

Verantwortlich: Fritz Sänger, Hannover